

## Kundgebung vor dem Landtag: Schwangerschaftsabbrüche in Flensburg



Im neuen Malteser-Diako-Klinikum werden nach aktuellem Stand keine Schwangerschaftsabbrüche stattfinden.

Während das Thema im Petitionsausschuss behandelt wird, wollen sich Frauen des Flensburger Frauenforums vor dem Landtag versammeln und eine Kundgebung durchführen.

### Kundgebung vor dem Landtag: Schwangerschaftsabbrüche in Flensburg

Schwerpunkt-Krankenhaus



00:00/03:19

shz.de

von Flensburger Tageblatt  
27. Oktober 2020, 08:51 Uhr

Exklusiv für  
shz+ Nutzer

shz+

**FLENSBURG** | Es sollte ein Vorbild-Projekt werden: Das „Malteser-Diako“-Klinikum in Flensburg wird das erste ökumenisch geführte Krankenhaus in Deutschland sein. Das neue Krankenhaus in Flensburg wird das drittgrößte Klinikum Schleswig-Holsteins sein und soll für die Stadt und umliegende Gebiete ein Schwerpunkt-Krankenhaus werden.

Doch vor gut einem Jahr hatte das neue Bündnis aus Diako Flensburg und dem Malteser-Krankenhaus bekanntgegeben, im geplanten Zentralkrankenhaus keine Schwangerschaftsabbrüche mehr durchführen zu wollen.

**Weiterlesen:** [Abtreibungsstreit: Krankenhausträger bleiben bei ihrem Nein](#)

## **Kundgebung vor dem Landtag**

Im Petitionsausschuss des Kieler Landtages wird am Dienstag um 10 Uhr eine Petition für ein „niedrigschwelliges, medizinisch vielfältiges und würdevolles Versorgungsangebot“ bei Schwangerschaftsabbrüchen in Flensburg behandelt. Auch Frauen des Flensburger Frauenforums wollen sich deshalb vor dem Kieler Landeshaus versammeln und ihre Forderungen mit einer kleinen Kundgebung zeigen.

Für Dagmar Höppner-Reher (Sprecherin der LAG der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten), „ist es grundsätzlich ein Skandal, dass Männer, darüber entscheiden, ob Schwangerschaftsabbrüche in den Aufgabenbereich und der Grundversorgung eines modernen Krankenhauses gehören oder nicht und die betroffenen Frauen, die Konsequenzen zu tragen haben.“

**F**rauen haben ein Grundrecht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung; dazu gehört auch das Recht eine Schwangerschaft abubrechen. Um dieses Recht nutzen zu können, muss das Land ein ausreichendes Angebot ambulanter und stationärer Einrichtungen zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen zur Verfügung stellen.

Dagmar Höppner-Reher, Sprecherin der LAG der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten

Insgesamt sei die Versorgungslage in Flensburg bereits jetzt dramatisch: Die Anzahl der Praxen in Flensburg, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, habe sich seit 2012 von neun auf vier Praxen reduziert. Die Zukunft sehe düster aus: Praktizierende Ärzte, die aus Altersgründen ausscheiden, würden keine Nachfolger finde, die dieses Versorgungsangebot aufrechterhalten.

Gründe hierfür gebe es viele: Im Medizinstudium steht dieses Thema nicht mehr auf dem Lehrplan. Gynäkologen erfahren vermehrt Anfeindungen von Abtreibungsgegnern. Dies hat auch die gesellschaftliche Diskussion um die Abschaffung der §§ 218 und 219a StGB verdeutlicht.

**Weiterlesen:** [Flensburger Frauenforum fordert Möglichkeit zum sicheren Schwangerschaftsabbruch](#)

## **Selbstverständnis weicht Unverständnis**

„Ein modernes Klinikum mit dem Anspruch an ein überregionales und hochspezialisiertes Gesundheitszentrums, kann das Selbstbestimmungsrecht von Frauen nicht einfach ausklammern. Die Vorhaltung eines vielfältigen klinischen Versorgungsangebotes von Schwangerschaftsabbrüchen – unter Berücksichtigung aller Qualitätsstandards – sollte im Jahr 2020 ein Selbstverständnis sein“, betont Verena Balve, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Flensburg.

Abschließend appelliert Verena Balve an die Landesregierung: „Wir bitten um Unterstützung unserer Flensburger Lage – und der Wahrnehmung der Verpflichtung des Landes nach § 13 SchKG. Mit seiner immensen finanziellen Förderung sollte das Land die Krankenhausträger zu entsprechenden Auflagen verpflichten, um die Sicherstellung eines ausreichenden klinischen Angebotes zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen auf dem zukünftigen Gesundheitscampus zu gewährleisten.“

Flensburger Tageblatt online 27.10.20